



Friedensbündnisse



pax
christi

Internationale Katholische
Friedensbewegung



Auf den Seiten 16 und 17 wirft Heinz-Günther Stobbe einen Blick auf das moderne China, das es zu einer politischen und wirtschaftlichen Weltmacht geschafft hat.



Vorstellung

Mein Name ist Esther Mydla. Ich habe seit dem 1. Februar die Rolle der Generalsekretärin bei pax christi inne. Somit betreue ich nun auch die pax_zeit-Redaktion und in diesem Rahmen möchte ich mich Ihnen kurz vorstellen. Schon seit einem Jahr verantworte ich das Projekt zu Aktiver Gewaltfreiheit bei pax christi und konnte so die wichtige Arbeit kennenlernen und die Menschen, die dahinterstehen. Ich selbst bringe Erfahrungen aus der praktischen Friedensarbeit, der Konfliktmoderation und der Forschung mit, da ich einige Jahre in Projekten der Friedensarbeit in Nepal gearbeitet habe.

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der pax_zeit-Redaktion, auf spannende Inhalte und Debatten.

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeber pax christi Deutsche Sektion e. V., Redaktion Esther Mydla (verantw.), Georg Kesting, Odilo Metzler, Josef Roberg **Titelfoto** Tobias Blum **Gesamtherstellung** Eva Begemann & Fabian Wilczek, qupferrot – Visuelle Gestaltung **Druck und Versand** Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Leser:innenbriefe und mit Namen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leser:innenbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e. V., Feldstr. 4, 13355 Berlin, Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de

Gedruckt auf CircleOffset (100 % Altpapier, FSC- und Blauer Engel zertifiziert) Redaktionsschluss für die Ausgabe 02_2024: 14.03.2024

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

dies ist mein erstes Editorial für die pax_zeit. Ich darf es über Bündnisse schreiben und beginne damit, was Bündnisse für mich sind. Es geht darum, sich trotz augenscheinlicher Unterschiede – die akzeptiert sein wollen – auf Gemeinsames und Verbindendes zu konzentrieren. So findet sich ein Grund, auf dem gemeinsames Denken und Handeln gelingen können.

Unsere Autor:innen berichten in dieser Ausgabe von Bündnissen aller Art. Marie-Noëlle Koyara erzählt von interreligiösen Bündnissen in ihrer Heimat – der Zentralafrikanischen Republik – um der Vereinnahmung religiöser Gruppen durch Kriegsparteien entgegenzuwirken. Heinz-Günther Stobbe reflektiert über das Verhältnis von Europäischer Union und China und gemahnt eine Selbstbesinnung der EU, seiner Ansicht nach die Voraussetzung für einen konstruktiven Dialog über die gemeinsamen globalen Herausforderungen mit dem Giganten in Asien.

Till Flamme-Brüne beschreibt, wie Christ:innen und Muslim:innen in Betlehem einander zuhören und das Gemeinsame in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft finden. Veronika Hüning gewährt uns einen Blick in die Initiative ‚Wehrhaft ohne Waffen‘, auch hier geht es um ein ‚aus der Blase heraustreten‘ und die Notwendigkeit der Verbindung mit anderen, um Ideen Wirklichkeit werden zu lassen. Die EU hingegen scheint mit ihrer Asylreform dem Rest der Welt den Rücken zu kehren. Für unsere Autorinnen von PRO ASYL eine tragische und folgenreiche Absage an die universellen Menschenrechte, an Solidarität und die Verpflichtung zur Unterstützung Schutzsuchender.

Dies und noch Einiges mehr finden Sie in dieser Ausgabe. Ich wünsche Ihnen bei der Lektüre Denkanstöße, neue Einsichten und frische Inspirationen – die vielleicht sogar zu neuen Bündnissen führen.

Herzliche Grüße

Esther Mydla

Inhalt

Interview

4 Bündnisse für Frieden in der Zentralafrikanischen Republik

Interview mit Marie-Noëlle Koyara

Kolumbien

6 Mit langem Atem – pax christi stets dabei

Margaret Buslay

Wehrhaft ohne Waffen

8 Wie Soziale Verteidigung Gestalt annehmen kann

Veronika Hüning

Migration

10 Massive Entrechtung Geflüchteter in Europa

Wiebke Judith und Henrike Koch

Freiwilligendienste

12 Solidarität und Austausch

Hannah Wüstefeld und Till Flamme-Brüne

Rüstungsexporte

14 Ermutigende Zeichen und bedenkliche Rückschritte

Niels Dubrow

Sektion

16 China – Herausforderung an das politische Denken Europas

Heinz-Günther Stobbe

Diözesanverbände im Profil

18 Engagiert und profiliert

Glaube Perspektive

19 „Gerechtigkeit und Frieden küssen sich“ (Ps 85,11)

Ulrike Bechmann



Foto: Tobias Blum

Marie-Noëlle Koyara auf Besuch in Deutschland mit der Interreligiösen Plattform aus der Zentralafrikanischen Republik. Hier zu Gast bei unserem Präsidenten Bischof Peter Kohlgraf. Frau Koyara sagt über sich selbst: „Ich bin Christin und versuche, meinen Glauben auch in einer Landeskrise zu leben.“ Zusammen mit anderen hat sie den Nationalen Rat der Aktiven Gewaltfreiheit gegründet. Der Rat hat sich den Auftrag gegeben, alle Formen von Gewalt sowohl gegen Menschen als auch gegen die Natur mit strikter Gewaltlosigkeit zu bekämpfen. Lesen Sie mehr dazu ab Seite 4.

Bündnisse für Frieden in der Zentralafrikanischen Republik

Interview mit Marie-Noëlle Koyara



Marie-Noëlle Koyara bei einer internationalen Tagung in Osnabrück

In Deutschland wissen wir sehr wenig über den schon lange bestehenden Konflikt und die politische Situation in der Zentralafrikanischen Republik heute. Können Sie uns darüber einen Überblick geben?

Die Zentralafrikanische Republik (ZAR) ist ein Land im Zentrum Afrikas mit einer Fläche von 623.000 km², sehr fruchtbaren Böden und reichen Bodenschätzen und einer geschätzten Bevölkerung von etwa 6.000.000 Einwohner:innen, von denen 50 Prozent jünger als 24 Jahre sind. Das Land erlebt seit seiner Unabhängigkeit alle zehn Jahre politisch-sozial-militärische Krisen, die oftmals schlecht bewältigt werden. Die Krise von 2013, die schwerste aller Krisen, die das Land erlebt hat, ist die Summe dieser Krisenserien.

Eine Rebellenarmee namens Seleka (was so viel wie ‚Allianz‘ bedeutet), die anfangs soziale Forderungen stellte, provozierte sehr schnell eine politisch-militärische Krise, als ihre Forderungen zu einem Kampf um die politische Macht degenerierten. Um diese Macht an sich zu reißen, verübten sie grausame Attacken und Gräueltaten, die Zehntausende von Menschenleben forderten, Flüchtlinge und Binnenvertriebene auslösten. Die Armee und die Sicherheitskräfte wurden aufgelöst und alle ihre Stützpunkte zerstört.

Welchen Einfluss haben die Religionen in der Zentralafrikanischen Republik heute und wie positionieren sich die Glaubensgemeinschaften zum Konflikt?

Politiker:innen wollten mit Unterstützung einiger Partner diese Krise als religiösen Konflikt darstellen, einfach weil diese Rebellen aus dem Norden des Landes mehrheitlich muslimischen Glaubens sind. Dies führte zu einer Widerstandsbewegung namens Anti-Balaka. Die Anti-Balaka-Bewegung, die sich überwiegend aus christlichen Zivilist:innen und/oder ehemaligen Soldaten sowie Animisten zusammensetzte, kämpfte gegen die andere Seite, und das Land ging in Flammen auf und stand kurz vor einem Völkermord.

Was ist das Ziel Ihres religionsübergreifenden Bündnisses und was für praktische Schritte unternehmen Sie mit dem Bündnis?

Die religiösen Führer der Plattform realisierten eine Reihe von internationalen Reisen und Konferenzen, um die Krise, die weit davon entfernt ist, eine Religionskrise zu sein, besser zu erklären und auch für humanitäre Interventionen der internationalen Gemeinschaft zu werben.

Ich bin Christin und versuche, meinen Glauben auch in einer solchen Landeskrise zu leben. In diesem Sinne habe ich zusammen mit einem Jesuitenpriester die Gründung einer Organisation mit dem Namen ‚Conseil National de la Non Violence Active‘, kurz CNNVA, betrieben. Unser ‚Nationaler Rat der Aktiven Gewaltfreiheit‘ hat sich den Auftrag gegeben, alle Formen von Gewalt sowohl gegen Menschen als auch gegen die Natur mit strikter Gewaltlosigkeit zu bekämpfen.



Seit 2023 ist die Organisation CNNVA Mitglied bei Pax Christi International



Versöhnungsarbeit in der Zentralafrikanischen Republik

Mehr als 400 Personen wurden in den Grundsätzen der Gewaltfreiheit geschult. Mit CNNVA stehen wir der Interreligiösen Plattform nahe, wir profitieren von ihrem Rat und ihrer Unterstützung für unsere Missionen. Es wurde z. B. die ersten Aktionen der Entwaffnung von Milizgruppen in unserer Hauptstadt Bangui gemeinsam von der Plattform und dem Verteidigungsministerium initiiert. Von Zeit zu Zeit werde ich auch in die Missionen und Aktionen der Plattform eingeladen, unter anderem bei unserer Intervention in der Münchner Sicherheitskonferenz (MSC), oder in Treffen zu Verhandlungen über die Finanzierung humanitärer Projekte. Im Partnerprojekt Projekt House of One bin ich zur internationalen Botschafterin ernannt. Diese gemeinsamen religiösen und politischen Missionen haben es uns ermöglicht, die tatsächliche Dimension und Ursache der aktuellen so schweren Krise besser darzustellen, in der sich unser Land befand und immer noch befindet.

Wie blicken Sie auf die Zukunft der Zentralafrikanischen Republik, welche Chancen und Möglichkeiten für Frieden sind vorstellbar?

Die Zahl der Angriffe bewaffneter Gruppen ist dank der Intervention unserer nationalen Sicherheitskräfte zurückgegangen. Einige Rebellen haben im Rahmen des Programms Entwaffnung – Demobilisierung – Reintegration – Repatriierung (DDRR) ihre Waffen niedergelegt.

Die Bevölkerung leidet jedoch weiterhin unter den Folgen der Krise in Bezug auf ihre Ernährungssicherheit und Gesundheitsversorgung. Kaufkraft ist in den Familien und Betrieben kaum vorhanden. Schulen sind zerstört und viele Kinder gehen nicht mehr zur Schule, was die Zukunft des Landes belastet, da das Bildungsniveau rapide sinkt in den letzten Jahren.

Wir haben lange Grenzen mit dem Tschad, der Demokratischen Republik Kongo und dem Sudan: In diesen Ländern sind immer

noch Rebellen aktiv. Das setzt unser Land einer ständigen und wiederkehrenden Instabilität aus, zumal unsere noch junge und schlecht ausgerüstete Armee noch nicht in der Lage ist, die Sicherheit an unseren Grenzen zu gewährleisten.

Was brauchen die Menschen in der Zentralafrikanischen Republik von der internationalen Gemeinschaft, von den Glaubensgemeinschaften und von Organisationen wie pax christi?

Seit drei Jahren sind die staatlichen Hilfen ausgesetzt, mehrere internationale NGOs haben ihre Einsätze und Programme eingestellt. Wir haben es hier mit einer mehr als hilfsbedürftigen Bevölkerung zu tun, die einem langsamen Tod geweiht scheint. Ich befürchte, dass man die Augen vor dem Martyrium verschließt, das viele afrikanische Länder in den Bereichen Sicherheit, Humanität, Menschenrechte, Ernährung und Gesundheit durchmachen. Vergessen wir eines nicht: Diese vergessenen Krisen verwandeln sich und eskalieren schnell in schwere humanitäre und politische Krisen, die das Streben nach Weltfrieden noch komplizierter machen.



Wirkkraft CNNVA

Marie-Noëlle Koyara, geboren 1955, ist ehemalige Verteidigungsministerin der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) und Gründungsvorsitzende des Nationalen Rates für aktive Gewaltfreiheit in der ZAR (CNNVA). In ihrer internationalen Karriere bei den Vereinten Nationen war sie Vertreterin der FAO in Kap Verde, Burkina Faso und der Elfenbeinküste. Ihre Organisation CNNVA ist seit letztem Jahr Mitglied von Pax Christi International.

Das Interview führte Esther Mydla, pax christi-Generalsekretärin.



Mit langem Atem – pax christi stets dabei

25 Jahre Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK)

Margaret Buslay

Die Menschenrechtsarbeit zu Kolumbien begann Mitte der 1980er-Jahre. Sie war eingebettet in kritische linke Solidaritäts-Bewegungen. Eine Informationsstelle Kolumbien wurde durch einen Trägerverein aufgebaut. Bereits im Jahr 1994 überstieg die Arbeit die ehrenamtlichen und finanziellen Ressourcen. Ab Mitte der 1980-er Jahre wurde der von politischen, militärischen und wirtschaftlichen Akteur:innen gedeckte Paramilitarismus immer stärker und verfolgte soziale Bewegungen und Basisorganisationen in Kolumbien. Der ‚schmutzige Krieg‘ richtete sich auch gegen Partnerorganisationen der Hilfswerke. Diese forderten ein, sich auch politisch für den Schutz der Menschenrechte einzusetzen. Diesem Ruf folgend schlossen sich seit 1996 mehrere Hilfswerke mit den engagierten Soli-Vereinen zusammen zum Netzwerk der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien.

Seit Jahrzehnten mit dem Land verbunden

pax christi engagierte sich seit Ende der 1980er-Jahre zunächst vorwiegend für Verschwundene in Kolumbien und Lateinamerika, zuerst mit dem Solidaritätsfonds von Andreas Schillo, später durch die Kommission Solidarität Eine Welt. Die pax christi-Mitglieder Christine Klissenbauer und Margaret Buslay waren Gründungsmitglieder der Menschenrechtskoordination. Beide sind durch ihre jahrelange Arbeit in Kolumbien ganz besonders mit dem Land verbunden.

Derzeit sind es 17 Hilfswerke, Menschenrechtsorganisationen und Solidaritätsgruppen, die sich gemeinsam für Frieden und Menschenrechte (bürgerliche, politische, wirtschaftliche,

soziale, kulturelle) in Kolumbien einsetzen. Ebenso spielt die Umsetzung des Friedensprozesses eine wichtige Rolle. 2003 wurde der Verein „kolko – Menschenrechte für Kolumbien“ gegründet. kolko ist seitdem Mitgliedsverein der Menschenrechtskoordination mit eigener Stimme, stellt aber auch deren Koordinationsstelle mit einem Büro in Berlin.

Die Menschenrechtskoordination unterstützt kolumbianische Initiativen der Zivilgesellschaft, die sich für den Schutz der Menschenrechte, die Bekämpfung der Straflosigkeit und den Frieden mit sozialer Gerechtigkeit einsetzen. Sie verurteilt Gewalt und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht aller Konfliktparteien – sowohl der nichtstaatlichen bewaffneten Akteure als auch der staatlichen Sicherheitskräfte.

Einsatz für Menschenrechte

Die Menschenrechtskoordination setzt sich gegenüber deutschen, europäischen und UN-Instanzen dafür ein, die kolumbianische Regierung aufzufordern, konkrete und effektive Maßnahmen zum Schutz der Menschenrechte und für den Frieden zu ergreifen. Durch Schreiben, Briefings, Gespräche mit Partnern, Veranstaltungen und Austausch machen wir Abgeordnete und andere Entscheidungsträger:innen sowie die Öffentlichkeit auf die Menschenrechtssituation in Kolumbien aufmerksam und setzen Kolumbien auf die politische Agenda.

Die Wirksamkeit ihrer Arbeit ist schwer zu messen. Die Menschenrechtskoordination wird von der Politik eingeladen



und gehört und trägt u. a. dazu bei, dass unsere Regierung den Friedensprozess in Kolumbien seit Langem unterstützt. Auch fördert sie einzelne Projekte, wie z. B. Stipendien hier für Schutzsuchende oder Patenschaften von Abgeordneten.

Nach wie vor fällen Politiker:innen Entscheidungen, aber nach anderen Kriterien als den Menschenrechten. Ein Beispiel: Seit 2005 informierten wir mit unseren Partner:innen wiederholt über zahlreiche außerlegale Hinrichtungen durch das Militär. Unsere Regierung tat sie als ‚Einzelfälle‘ ab. Sie lobte das kampferfahrene Militär und befürwortete, dass die NATO Kolumbien 2018 zum strategischen Partner auswählte. Die kolumbianische Wahrheitskommission bestätigte allein von 2000 bis 2008 über 6.400 solcher gezielten staatlichen Morde an Zivilist:innen. Fazit: Bei ‚westlichen‘ Regierungen ‚übersieht‘ unsere Regierung gerne massive Menschenrechtsverletzungen, die sie bei anderen anprangert.

Zukünftige Herausforderungen

Die neue Regierung Petro stellt Friedens- und Klimapolitik in den Vordergrund. Unsere Partner:innen weisen darauf hin, dass die vom Kohleabbau betroffene Region durch die geplanten Wasserstoffexporte für unsere Energiewende mit industriellen Wind- und Solarparks nicht weiterhin Opfer unseres Energiehungers sein dürfen. Es reicht kein Austausch des Produkts bei gleicher Machtasymmetrie vor Ort und bei den ungleichen internationalen Rahmenbedingungen, wie z. B. der Möglichkeit, dass Unternehmen den Staat vor privaten Schiedsgerichten verklagen können wegen

entgangener Gewinne, wenn nationale Gerichte das Beachten von Menschenrechten und Umweltschutz durchsetzen.

25 Jahre Menschenrechtsarbeit – ein wichtiger Anlass, auf die geleistete Arbeit zu blicken und die zukünftigen Herausforderungen zu benennen. Auf der Jubiläumsfeier in Berlin wurde auch das aktuelle Thema ‚Steinkohle in Kolumbien – Zwischen Energiewende und Lieferkettenverantwortung‘ in den Fokus genommen. Vertreter:innen der kolumbianischen Zivilgesellschaft stellten den neuen Bericht über die Schäden durch den Kohleabbau für die bäuerlichen indigenen und Afrogemeinschaften und die Umwelt vor. Musik und Tanz des Berliner Latin Frauen Vokalensemble ‚Canto Diáspora‘ gaben dem Empfang kolumbianisches Ambiente.



Margaret Buslay ist Sprecherin der pax christi-Kommission Solidarität Eine Welt.

Wie Soziale Verteidigung Gestalt annehmen kann

Modellregion im Wendland

Veronika Hüning

„Was wollen wir verteidigen?“ – Diese Einstiegsfrage in den ersten Workshop der KURVE Wustrow zur Kampagne ‚Wehrhaft ohne Waffen‘ vor einem Jahr war für mich zunächst überraschend. Nach einer kurzen Einführung in das Konzept der Sozialen Verteidigung durften wir in einer Kleingruppe diskutieren, worum es uns gehen würde im Falle eines Angriffs von außen oder eines Putsches von innen. Schritt für Schritt entstand eine Art Mindmap mit Begriffen von Familie bis Demokratie, den verteidigungswürdigen Werten aus unserer Sicht. Interessant: Das Territorium unseres Nationalstaates war nicht dabei.

Inzwischen habe ich an einem weiteren Workshop mit interessierten Nicht-Mitgliedern der KURVE sowie einem sog. Vertiefungsworkshop teilgenommen, bei dem wir arbeitsteilig verschiedene Handlungsfelder der Sozialen Verteidigung im Wendland entwickeln durften. Dabei habe ich mir mit einigen anderen der Frage gestellt: Was braucht es, um im Verteidigungsfall Presse-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit zu sichern? Z. B. einen eigenen Drucker, eine Mikro-Anlage u. a. m.

Doch zurück an den Anfang!

Alternativen zur militärischen Verteidigung

Der Anfang war die Kundgebung am Osterstag 2022 in Unterlüß bei der Rüstungsschmiede Rheinmetall, zu der die ‚Friedensaktion Südheide‘ aufgerufen hatte. Joel Campe und ich von der KURVE hatten den Geschäftsführer Jochen Neumann als Redner gewonnen. Er sprach über die Soziale Verteidigung als Alternative zur militärischen, über erfolgreiche Beispiele aus der Vergangenheit und ebenso über Grenzen des Konzepts. Deutlich wurde: Wir können der ukrainischen Bevölkerung nach dem russischen Angriff nicht abverlangen, auf die Verteidigung mit Waffen zu verzichten. Trotz vieler einzelner mutiger Taten: Der gewaltfreie Weg ist zu wenig im Bewusstsein verankert, zu wenig vorbereitet, zu wenig eingeübt, um langfristig wirksam zu sein. Unsere Konsequenz sollte sein: Bei uns anfangen, in Deutschland, in unserer Region!

In der Kampagne ‚Wehrhaft ohne Waffen‘ entstanden Modellregionen, die das Konzept der Sozialen Verteidigung weiterentwickeln und seine Umsetzung konkretisieren sollen. Eine der Modellregionen ist das Wendland.

Das ist kein Zufall. Hier bei uns gibt es vielfältige Erfahrungen mit zivilem Widerstand durch den Konflikt um das geplante Atommüll-Endlager in Gorleben, vorwiegend in den 1980-er- und 1990-er-Jahren. Das Besondere war die Vielfalt der Akteure: Linke, Ökos, Bäuer:innen, Kulturschaffende, kirchlich Engagierte.

Innovativer Ansatz

Das ist das Pfund, mit dem auch ‚Wehrhaft ohne Waffen‘ wuchern kann und will. Es gibt bereits viele Gruppen und Organisationen, die ohne große Überzeugungsarbeit Teile des Netzwerks werden können. Hinzu kommt ein innovativer Ansatz: In den Workshops wurde schnell klar, dass wir nicht nur etwas verteidigen wollen, sondern auch weiterentwickeln und verbessern – etwa die gesunde Umwelt, gesellschaftlichen





Foto: PRO ASYL

Das Denkmal „Porta d’Europa“ wurde 2008 von Mimmo Paladino entworfen und ist den Migrant:innen gewidmet, die auf dem gefährlichen Seeweg von Nordafrika nach Europa ums Leben kamen

Massive Entrechtung Geflüchteter in Europa

Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Wiebke Judith und Henrike Koch

Kurz vor Weihnachten, am 20. Dezember 2023, einigte die EU sich auf eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS). Die politische Einigung bedeutet, dass ein Status quo in Gesetze gegossen und zementiert wird, indem Gewalt, Vernachlässigung, Folter und das Sterben-Lassen von Menschen alltägliche Praxis sind.

Die letzten Jahre haben eine Vielzahl grausamer Praktiken gegenüber Menschen gezeigt, die in Europa ankommen: Sie werden in Lager wie Moria gepfercht, Boote werden in der Ägäis daran gehindert, sicher das Land zu erreichen, Menschen werden an der kroatischen Grenze bewusstlos geschlagen oder an der polnischen Grenze erfrieren gelassen. Die neue

europäische Asylgesetzgebung wird diese Menschenrechtsverletzungen nicht beenden, sondern verstärken.

Massive Entrechtung Geflüchteter

Die EU-Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen werden verpflichtet, sogenannte Grenzverfahren für Asylsuchende durchzuführen. Das bedeutet, dass eine Vielzahl an Geflüchteten zukünftig ihr Asylverfahren abgeschottet von der Außenwelt hinter Stacheldraht an den Außengrenzen durchlaufen muss. Europaweit sollen dafür zunächst 30.000 Haftplätze geschaffen werden. Faire Asylverfahren wird es dort nicht geben.

Die Asylschnellverfahren, die nach einem ersten ‚Screening‘ nach Ankunft erfolgen, sollen innerhalb von zwölf Wochen abgeschlossen sein. Daran anschließen kann sich dann ein neues Abschiebungsgrenzverfahren, das ebenfalls bis zu zwölf Wochen dauern kann. Während dieser Zeit sollen die Asylsuchenden als ‚nicht eingereist‘ gelten, obwohl sie sich de facto auf EU-Territorium befinden, und voraussichtlich in haftähnlichen Asylzentren an den Außengrenzen festgehalten werden.

Für drei Gruppen von schutzsuchenden Menschen ist die Anwendung dieser Grenzverfahren verpflichtend. Es gibt keine Ausnahmen für Kinder und ihre Familien. Die Mitgliedstaaten können die Grenzverfahren zudem auch bei Menschen anwenden, die über angeblich ‚sichere Drittstaaten‘ geflohen sind. Damit könnten auch Menschen aus Syrien oder Afghanistan in solche Grenzverfahren geraten.

Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems

Mit der europäischen Einigung wurde auch eine Absenkung der Standards für sogenannte ‚sichere Drittstaaten‘ beschlossen. Damit können zukünftig deutlich mehr außereuropäische Drittstaaten als ‚sicher‘ eingestuft werden, um Geflüchtete in diese Länder abzuschicken. Weder muss in dem Drittstaat die Genfer Flüchtlingskonvention gelten, noch muss das ganze Land sicher sein.

Menschen können dann ohne Prüfung ihrer tatsächlichen Fluchtgründe in diese Länder abgeschoben werden, da ihr Antrag als ‚unzulässig‘ abgelehnt wird. Das ermöglicht es EU-Mitgliedsstaaten, den Zugang zu Asylverfahren massiv einzuschränken und sich weitgehend aus dem Flüchtlingsschutz zurückzuziehen.

Kein wirksamer Solidaritätsmechanismus bei der Aufnahme

Die Außengrenzstaaten sind als Länder, die Asylsuchende meistens zuerst betreten, weiterhin primär für die Durchführung der Asyl(grenz)verfahren zuständig – das Dublin-System wird somit verschärft, obwohl es seit Jahren als gescheitert gilt.

Ein wirksamer Solidarmechanismus zwischen den EU-Staaten ist nicht vorgesehen: Denn die Aufnahme von Schutzsuchenden wird als Solidaritätsmaßnahme gleichgestellt mit

PRO ASYL dokumentiert die Menschenrechtssituation an Europas Grenzen und organisiert die rechtliche Vertretung von Schutzsuchenden. Gemeinsam mit den Betroffenen ziehen wir gegen Menschenrechtsverletzungen bis vor die höchsten europäischen Gerichte. Unsere Partnerorganisationen an den EU-Außengrenzen wollen wir noch stärker unterstützen – denn dort werden die Lager stehen, die Europa beschlossen hat.

Geldzahlungen, etwa für den Bau von Grenzzäunen an den EU-Außengrenzen oder Projekten in Drittstaaten, die der Fluchtverhinderung dienen. So können Mitgliedstaaten, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, sich einfach ‚freikaufen‘.

Krisenverordnung: Legitimierung von Menschenrechtsverletzungen

Schon seit Jahren versuchen Mitgliedstaaten immer wieder, über das Ausrufen von vermeintlichen ‚Ausnahmeständen‘ an den EU-Außengrenzen die dort begangenen Menschenrechtsverletzungen, wie systematische Pushbacks, zu legitimieren (z. B. an der polnisch-belarussischen Grenze). Mit der Einigung auf eine sogenannte Krisenverordnung bekommen sie dafür nun Rückenwind von der EU.

Zukünftig soll es möglich sein, menschenrechtliche Standards etwa im Fall von ‚Krisen‘ (erhöhte Ankunftsahlen) oder der ‚Instrumentalisierung von Migrant:innen‘ abzusenken. Grenzverfahren können dann massiv ausgeweitet werden – sowohl in Bezug auf ihre Dauer als auch auf die Gruppe von Personen, die in diese Verfahren für ihr Asylverfahren einbezogen werden müssen.

Die GEAS-Reform bedeutet eine massive Entrechtung von Geflüchteten. Sie wird das Leid der Betroffenen vervielfachen, während sie gleichzeitig Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in der EU massiv beschädigt. Doch trotz aller Verschärfungen und dem Sterben im Mittelmeer werden sich auch in den nächsten Jahren Geflüchtete nicht davon abhalten lassen, sich auf den Weg zu machen – auf der Suche nach einem Leben in Sicherheit. PRO ASYL steht an ihrer Seite.



Mehr Informationen auf proasyl.de

Wiebke Judith und Henrike Koch sind Mitarbeiterinnen bei Pro Asyl in Frankfurt.

Solidarität und Austausch

Eindrücke aus Skopje und Betlehem

Hannah Wüstefeld und Till Flamme-Brüne

Hannah Wüstefeld war von September 2022 bis Juli 2023 als pax christi-Freiwillige in Skopje und hat dort beim forumZFD und in der Partnerorganisation des forumZFD, dem Zentrum für Soziale Initiativen Nadez (C.S.I. Nadez) mitgeholfen. Diese lokale NGO hat ihren Sitz in Shuto Orizari, dem größten Roma-Viertel Europas und arbeitet an der sozialen Integration marginalisierter Gruppen, mit dem besonderen Fokus auf Roma und Kinder und Jugendliche.

pax_zeit: Was hat dich durch diese Zeit in der Fremde getragen, wo alles neu war?

Hannah: Das wichtigste war von Anfang an der gute Kontakt mit den Leuten, mit denen ich zusammengearbeitet habe und mit den anderen Freiwilligen in unserer internationalen Wohngemeinschaft.

pax_zeit: Wie ist die Situation der Roma in Skopje?

Hannah: Die Roma leben in Skopje in einem Stadtteil am Stadtrand. Dort wird die Infrastruktur stark vernachlässigt, z. B. gibt es schlechte Busverbindungen. Wer in Mazedonien unterwegs ist, sieht, dass die Menschen, die auf der Straße leben, meist Roma sind. Zu uns ins Zentrum sind die Kinder von der Schule gekommen und haben nachmittags Hausaufgaben erledigt, wobei wir sie unterstützten. Als ich anfing, mit Leuten über die Situation der Roma zu diskutieren, musste ich mir teilweise extrem rassistische Auffassungen anhören.

pax_zeit: Was ist für dich heute der wichtigste Aspekt von Friedensarbeit?

Hannah: Wichtig ist der interreligiöse Dialog. In Mazedonien geht es um das Zusammenleben der Religionen: orthodox, muslimisch und katholisch. Manchmal ist die Herausforderung ganz konkret. Ein Beispiel: Die orthodoxe Kirche hat ein riesiges Kreuz auf den Hausberg von Skopje gesetzt, das Tag und Nacht über dieser Stadt leuchtet. Das gefällt nicht allen, der größte Teil der Mazedonier ist zwar christlich-orthodox, aber es gibt auch eine große albanische Minderheit, die weitestgehend muslimisch ist.

Ein weiteres Thema ist das Geld, die Finanzierung der Friedensarbeit. Das Projekt für die Roma-Kinder hängt an Geldern, die zum größten Teil auch aus Deutschland kommen. Das fließt nicht auf Dauer und stellt so immer wieder neu die Arbeit infrage.

pax_zeit: Offene Frage: Was möchtest du sonst noch berichten?

Hannah: Mich hat es erschreckt und geärgert, dass die Leute heute sagen, der Krieg gegen die Ukraine sei der erste Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Sie blenden einfach aus, dass es einen Völkermord in Bosnien gab und Ende der 1990er den Kosovokrieg. Die Menschen leiden teilweise immer noch unter den Folgen der Kriege und in Teilen Europas herrscht nicht mal ein Bewusstsein für die Existenz dieser Kriege.

Wenn ich erzählt habe, ich fahre nach Mazedonien, kam immer die Frage: Wo ist das? Ist das Asien? Nein, das ist Europa. Es ist zwischen Kosovo und Griechenland. Mir ist es wichtig, von dort zu berichten und hier in Deutschland Aufmerksamkeit für die Geschichte der Länder des Balkans zu schaffen.

Fotos: Claudia Dichtl



Till Flamme-Brüne war von September 2022 bis August 2023 als pax christi-Freiwilliger im Arab Educational Center in Bethlehem und im Lateinischen Patriarchat von Jerusalem. Er lebte in Bethlehem, im besetzten Westjordanland.

pax_zeit: Was hat dich durch diese Zeit in der Fremde getragen?

Till: Anfangs wohnte ich bei einer Familie in Bethlehem. Meine beiden Gasteltern haben auch beim Arab Educational Institute (AEI) gearbeitet und mir viel von der Stadt und der Kultur gezeigt. Ich konnte Fragen stellen und habe neue Leute kennengelernt. Direkt am zweiten Tag ging es schon auf eine Hochzeit. Und auch bei der Arbeit im AEI waren sehr aufgeschlossene und interessierte Menschen, mit denen ich viel sprechen konnte. Ich denke, das gilt für die meisten Palästinenser:innen dort. Außerdem hat mich das gemeinsame Musizieren mit Pfadfinder:innen in Bethlehem und auch im Privaten sehr dabei unterstützt, anzukommen. Durch die große Anzahl an Freiwilligen in Israel und Palästina habe ich auch direkt Leute kennengelernt und die Region bereisen können.

pax_zeit: Du warst von September 2022 bis August 2023 in Bethlehem. Wie war die Situation damals?

Till: Bei dem Projekt in Bethlehem, das ich gemacht habe, ging es vor allen Dingen um ‚Sumud‘. Das ist ein arabisches Wort und bedeutet übersetzt so viel wie Standhaftigkeit oder Resilienz. Also, mit den widrigen Umständen und dem Leben unter der Besatzung zurechtzukommen. Dazu gehört etwa das gemeinsame Singen und Tanzen, was gerade die Frauengruppe im AEI wöchentlich praktiziert hat. Aber auch das Pflegen der gemeinsamen palästinischen Kultur und Identität über Unterschiede hinweg ist wichtig. Beeindruckend war für mich der interreligiöse Ansatz des AEI, Christ:innen und Muslim:innen zusammenzubringen. Der Fokus lag dabei im Sumud Story House, wie der Name schon sagt, auf dem Erzählen von Geschichten. Eine Geschichte zu haben, die sie zu erzählen haben bedeutet auch, eine Identität – also eine kollektive Vergangenheit, Zukunft und auch Gegenwart – zu haben, die erzählt werden muss. Es verbindet Leute, wenn sie erzählen können, wenn sie sich selbst ausdrücken können. Aber solche notwendige und vielfältige Arbeit mit der Zivilgesellschaft wird immer schwieriger. Das merkte man jedes Mal beim Betreten des Gebäudes, das direkt neben der israelischen Sperrmauer im Norden Bethlehems liegt.

pax_zeit: Hat das Wort Völkerverständigung nach diesem Jahr für dich eine neue Bedeutung bekommen?

Till: Es war hart zu erleben, wie stark das Leben dort von einem Stückchen Papier in Form eines Passes bestimmt wird. Ich

konnte als Deutscher ganz einfach zwischen der israelischen und palästinensischen Seite pendeln und problemlos die Checkpoints überschreiten. Wenn ich das Wochenende in Tel Aviv verbracht habe und zurück nach Bethlehem kam, fand ich das schwierig für mich zu vereinbaren, weil es gefühlt andere Welten sind. Die Palästinenser:innen können da nicht hinfahren. Das ist ziemlich unfair. Die Mauer schafft einfach große Gräben zwischen den Leuten und zwischen den Völkern. Dazu gehört auch, dass die Israelis nicht nach Bethlehem können und es so keinen richtigen Kontakt gibt.

pax_zeit: Offene Frage: Was möchtest du noch sagen?

Till: Ja, es ist sehr sonderbar, dass ich in diesem Jahr so viel gesehen und gelernt habe und sich an dieser scheinbar so verfahrenen Situation nichts ändert, sie nur noch schlimmer wird. Ich wünsche mir sehr, dass wir in Deutschland auch die palästinensische Seite und deren Geschichte mehr kennenlernen und verstehen wollen. Die Menschen dort leiden unter einer ungerechten Besatzung und das muss auch zum Thema werden.

Das Gespräch mit den beiden pax christi-Freiwilligen führte die damalige pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann im August 2023.



Ermutigende Zeichen und bedenkliche Rückschritte

Rüstungsexportbericht 2023 der GKKE

Niels Dubrow

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) kritisiert deutlich den Stillstand beim Rüstungsexportkontrollgesetz. „Wir fordern daher die Bundesregierung mit Nachdruck auf, nun einen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen“, sagte Prälantin Dr. Anne Gidion, die evangelische Vorsitzende der GKKE, bei der Vorstellung des GKKE-Rüstungsexportberichtes 2023. Und sie ergänzt: „So erfreulich und ermutigend der Rückgang der Rüstungsexporte in Drittländer ist, so bedenklich sind die Rückschritte in Sachen Berichtslegung und Transparenz“. Im Folgenden werden die Kernaussagen dokumentiert.

Bei ihrer Analyse konnte die GKKE sich erneut nicht auf den offiziellen Rüstungsexportbericht stützen, da die Bundesregierung es auch im Jahr 2023 versäumt hat, diesen rechtzeitig vor der Sommerpause vorzulegen. Das trägt wesentlich dazu bei, dass eine abschließende Bewertung der deutschen Rüstungsexportpolitik bisher nicht möglich ist. Daher fordert die GKKE die Bundesregierung „nachdrücklich dazu auf, ihren jährlichen Rüstungsexportbericht vor der Sommerpause vorzulegen; je früher, desto besser“.

Warnung vor Rüstungsexporten an Saudi-Arabien

Im Jahr 2022 ist der Wert der Einzelgenehmigungen für deutsche Rüstungsexporte mit 8,36 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr (9,35 Milliarden Euro) leicht zurückgegangen. Davon entfielen 3,24 Milliarden an Drittstaaten, darunter die Ukraine, Indonesien und Singapur. Dies bedeutet einen weiteren Rückgang der Rüstungsexportgenehmigungen an Drittstaaten, den die GKKE ausdrücklich begrüßt. In den ersten drei Quartalen 2023 übertraf der Wert der Einzelgenehmigungen mit 8,76 Milliarden Euro jedoch bereits den Gesamtwert des vorangegangenen Jahres. 4,3 Milliarden Euro entfielen davon auf Drittstaaten.

Im September 2022 genehmigte die Bundesregierung erstmals seit Amtsantritt der Ampel-Koalition Rüstungsgüter im Wert von 40,1 Millionen Euro für Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE). Die Diskussionen über Rüstungsexporte an diese Länder hielten 2023 weiter an. In ihrem Bericht warnt die GKKE vor solchen Rüstungsexporten; die Gewalt in der Region könne jederzeit wieder eskalieren.

Nichts Neues zum Rüstungsexportkontrollgesetz

Seit der Veröffentlichung des Eckpunktepapiers im November 2022 ist es der Bundesregierung nicht gelungen, auch nur einen ersten Entwurf des Rüstungsexportkontrollgesetzes zu präsentieren. Die GKKE fordert die Bundesregierung daher

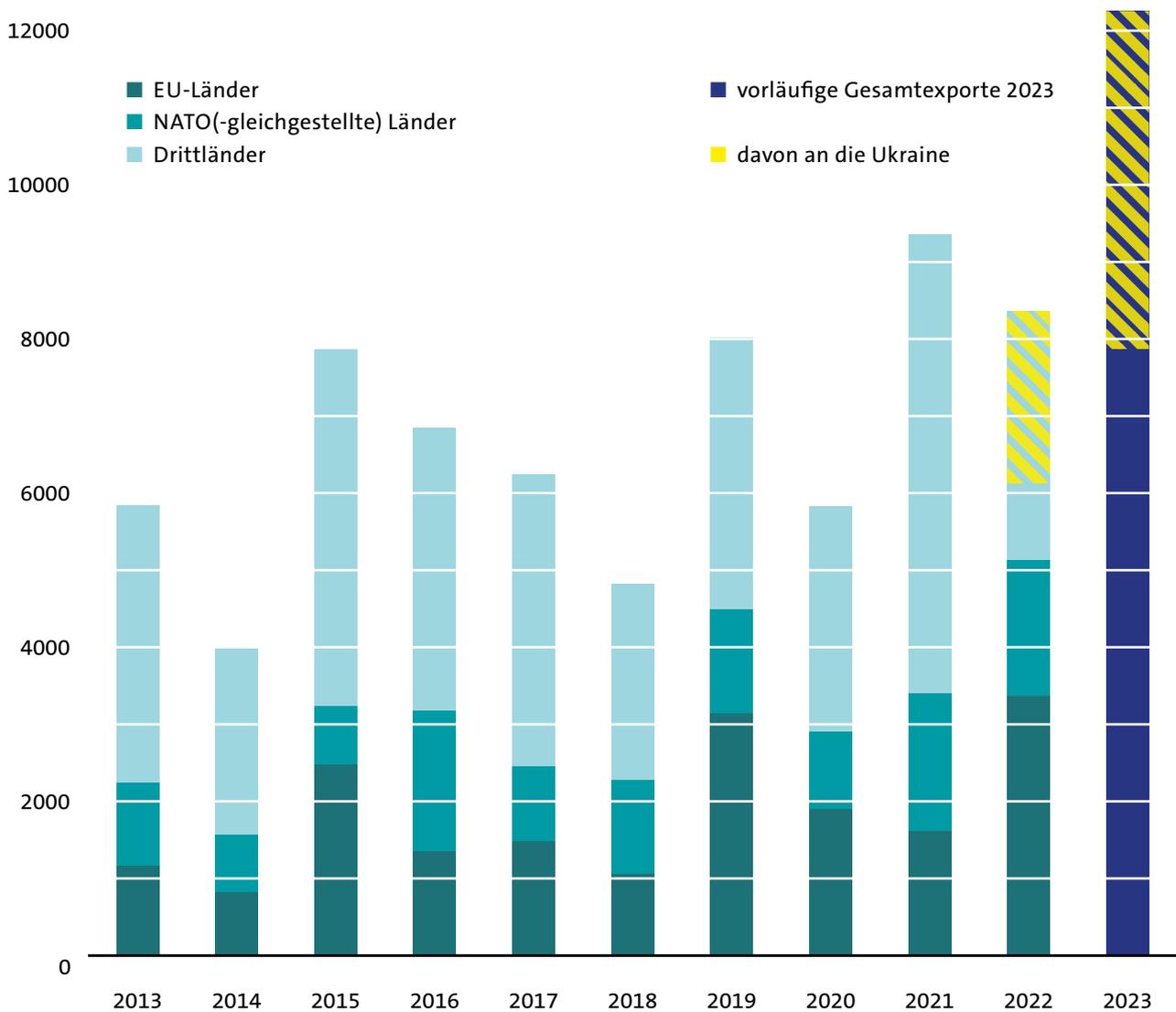


Protestaktion der DFG-VK gegen Eurofighter an Saudi-Arabien im Januar 2024 in Berlin

mit größtem Nachdruck dazu auf, dies schnellstmöglich nachzuholen. Denn ein europäisches Rüstungskontrollregime mit Vorrang vor der nationalen Ebene hält die GKKE auf absehbare Zeit für unwahrscheinlich.

Damit eine restriktive europäische Rüstungsexportkontrolle wirklich Realität und umgesetzt werden kann, braucht es zunächst eine breite europäische Debatte über eine Rüstungsexportstrategie, in Anlehnung an die Grundsätze der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Das Kriterium des ‚Gemeinsamen Standpunktes für Rüstungsexporte‘ der EU soll sicherstellen, dass Rüstungsexporte die Entwicklung in Ländern mit besonders geringem Entwicklungsstand (sog. Least Developed Countries, LDC) nicht negativ beeinflussen. Eine Auswertung der deutschen Anwendungspraxis legt jedoch nahe, dass es sich dabei um ein



Deutsche Rüstungsexporte in Mrd. Euro (Quelle: BMWK)

eher wirkungsloses Instrument handelt. Zwischen 1999 und 2007 hat die Bundesregierung lediglich viermal unter Verweis auf das Kriterium die Ausfuhrgenehmigungen verweigert. Seit 2008 wurde es sogar nur ein einziges Mal als Verweigerungsgrund angeführt.

Stärkung der Exportkontrolle gefordert

Aktuell befinden sich die EU-Mitgliedsstaaten im dritten Review-Prozess des ‚Gemeinsamen Standpunktes‘. Der katholische Vorsitzende der GKKE, Prälat Dr. Karl Jüsten, machte daher deutlich: „Es ist ganz offensichtlich, dass die veränderte sicherheits- und rüstungspolitische Dynamik neuen Regelungsbedarf mit sich bringt. ... Der Review-Prozess bietet die Chance, die Schwachstellen der EU-Rüstungsexportkontrolle zu überwinden.“

Erst kürzlich bestätigte eine internationale Delegationsreise nach Mexiko, an der neben weiteren Organisationen auch ‚Ohne Rüstung Leben‘ teilnahm, wie problematisch die eng gefasste EU-Definition für Kleinwaffen ist, wenn ‚zivile‘ europäische Kleinwaffen dort zu schweren Menschenrechtsverletzungen beitragen.

Dringender Handlungsbedarf besteht auch bei der Kontrolle des Exports von sogenannten Dual-Use-Gütern, die sowohl einen zivilen, als auch einen militärischen Nutzen haben können. Berichte über die Verwendung von Dual-Use Gütern aus verschiedenen EU-Staaten in russischen Waffensystemen und über die Lieferung von Überwachungstechnologie an Unterdrückungsregime zeigen, wie lückenhaft die bestehenden nationalen und europäischen Regelwerke für Dual-Use Güter sind.



Nähere Informationen finden Sie hier
gkke.org

Niels Dubrow ist hauptamtlicher Referent für Rüstungsexportkontrolle bei ‚Ohne Rüstung Leben‘.

China – Herausforderung an das politische Denken Europas

Kraftprobe für den Westen

Heinz-Günther Stobbe

Kaum jemals in seiner langen Geschichte dürfte China mehr Aufmerksamkeit in der Welt geweckt haben als in der Gegenwart. Denn das Land hat innerhalb einer atemberaubend kurzen Zeit den Aufstieg vom bäuerlich geprägten Entwicklungsland zu einem bedeutsamen Hochtechnologiestandort und zur wirtschaftlichen und politischen Weltmacht geschafft, deren Einfluss von niemandem mehr folgenlos ignoriert werden kann. Bis 2025 möchte China eine Spitzenposition in allen wesentlichen Bereichen der Weltpolitik einnehmen: wirtschaftlich, militärisch und politisch, und bis 2049 den von Präsident Xi Jinping proklamierten ‚Chinesischen Traum‘ zu verwirklichen, die Integration Taiwans eingeschlossen.

Derartige Verschiebungen in der Machtstruktur der internationalen Politik rufen, wie Bewegungen in der Plattenarchitektur unserer Erde, in aller Regel Spannungen hervor, weil sie Gegenkräfte auf den Plan rufen. Es entstehen Bruchlinien, die keineswegs immer in die gleiche Richtung laufen und an verschiedenen Stellen zu unterschiedlichen Problemlagen führen können. Es verwundert daher nicht, wenn in der Staatenwelt das Bemühen vorherrscht, die Beziehungen zu China und zugleich die Beziehungen zu den übrigen Staaten zu überprüfen und gegebenenfalls neu zu justieren. Das betrifft auch Deutschland und die Europäische Union. Es geht im Kern um Machtpolitik, und jede Seite strebt danach, ihre neue Position zu stärken und das bedeutet gewöhnlich, die eigene Stärke auszubauen. Dagegen ist im Prinzip nichts einzuwenden, die entscheidende Frage lautet jedoch: Worin besteht, worauf beruht diese Stärke, und auf wessen und durch welche Kosten wird sie erworben?

Selbstbesinnung der EU

Die Diktatoren und Autokraten dieser Welt, die sich seit einiger Zeit im geschichtlichen Aufwind wännen, pflegen die innere Vielfalt der westlichen Staaten und Staatengemeinschaften und ihre liberalen Ordnungen für eine Schwäche zu halten, und sie haben es geschafft, die dort aufkeimenden Selbstzweifel kräftig zu schüren. Darin liegt die größte und gefährlichste Herausforderung, für Deutschland, die Europäische Union und nicht zuletzt die USA, wie die politischen Ambitionen von Ex-Präsident Trump grell beleuchten. Weder Wirtschaft noch Militär entscheiden darüber, ob und wie der Westen diese Kraftprobe bewältigen werden. Er hat in der Vergangenheit nur zu oft, um davon wirtschaftlich oder politisch zu profitieren, autoritäre und reaktionäre Regierungen toleriert oder gar hofiert, ganz überwiegend

mit einer katastrophalen Bilanz. Der Weg zu einer künftigen europäischen China-Politik muss mit einer Selbstbesinnung der EU beginnen, in der sich die Gemeinschaft vergewissert, wer oder was sie in Zukunft sein will.

Den Maßstab für ihre Politik hat die EU selbst formuliert: *„Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören. Diese Werte sind allen Mitgliedsstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet.“*

Dieses Programm verbindet die Idee individueller Freiheiten mit der Verwirklichung sozialer und politischer Pflichten in einem weltweiten Horizont. Im Grunde beinhaltet es Basiselemente einer Weltordnung, die friedliche und soziale Entwicklung ermöglicht und fordert. Daher treffen die Einwände von chinesischer Seite an den sogenannten ‚westlichen Werten‘ nicht zu. Es gibt jedenfalls aus meiner Sicht keinen echten Gegensatz zwischen ‚asiatischen‘ und ‚westlichen‘ Werten. Wenn die EU in glaubwürdiger Weise eine werte- und regelbasierte Weltordnung zu verwirklichen versucht, dann geschieht das im Einklang mit jenen Elementen chinesischer Tradition und Kultur, die das Wohl des chinesischen Volkes betonen, etwa die Bedeutung der Familie, die Solidarität ihrer Mitglieder und den sozialen Zusammenhalt; von Höflichkeit und Respekt im Umgang miteinander; die Loyalität gegenüber dem Staat, sofern er sich um Sicherheit und Wohlergehen der Staatsangehörigen sorgt; die Zuverlässigkeit der Beamtenschaft, usw. kurzum: um Werte, die meist aus dem

Konfuzianismus stammen und die man in westlicher Terminologie in etwa kommunitaristisch nennen könnte. Chinas Kultur weist natürlich eine andere Prägung auf als die europäisch-westliche, ist aber nicht völlig anders. Man muss sich nur an frühere Zeiten erinnern, in denen China in Europa als vorbildlich galt und ein Aufklärer wie Leibniz nach Kräften den kulturellen und wissenschaftlichen Austausch zu fördern suchte.

Langer Atem ist gefordert

Der selbstkritische Blick auf die eigene Geschichte und die Offenheit für Dialog auf allen Ebenen von Politik und Gesellschaft widersprechen keineswegs einer nüchternen Sicht auf die gegensätzlichen Auffassungen, die das Verständnis des Menschen, des Staates und der Gesellschaft in China und dem Westen prägen. China versteht sich ausdrücklich als Diktatur und lehnt die Demokratie nach westlichem Muster strikt ab, es anerkennt Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, aber deutet beides auf eine Weise, die sich weder mit westlichen noch christlichen Vorstellungen vereinbaren lässt. Das macht einen Dialog nicht sinnlos, erfordert aber Realitätssinn und langen Atem.

Dieser Wirklichkeitssinn nötigt dazu, die Tatsache einer nicht bloß vordergründigen Rivalität zwischen China und dem Westen ernst zu nehmen. Dennoch kann und darf weder Ziel noch Ergebnis deutscher und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik sein, den vorhandenen ordnungspolitischen Gegensatz zu einem Neuen Kalten Krieg zuzuspitzen, der die Welt erneut in feindliche Blöcke oder Lager spalten würde. Eine solche Spaltung wäre in Anbetracht der Weltprobleme, die gemeinsames Handeln zwingend vorschreiben, fatal für die gesamte Menschheit. In dieser praktischen Einsicht treffen sich Evangelium und praktische Vernunft. Europäische

Außen- und Sicherheitspolitik kann deshalb kein vornehmeres Ziel verfolgen als das, mitzuhelfen, eine Völkergemeinschaft aufzubauen, die das einzige Haus, das sie bewohnen kann, also den Planeten Erde, zu ihrer Heimat umgestalten will, in der sie in Frieden mit sich und der Natur lebt. Sie sollte ihre Antriebskraft aus dieser menschlichen Sehnsucht schöpfen, die in der Geschichte immer wieder ungeahnte schöpferische Energien freigesetzt hat, um Neues hervorzubringen.

Europa und China

Verunsicherung, Herausforderung und Perspektiven

Die Kommission hat sich seit 2020 intensiv mit den Entwicklungen im europäisch-chinesischen Verhältnis befasst. Dazu hat der Vorstand der Deutschen Kommission Justitia et Pax ein Impulspapier zur Ausgestaltung der europäisch-chinesischen Beziehungen veröffentlicht. Dabei wurde deutlich, wie polarisiert der ‚China‘-Diskurs mittlerweile ist. Durch den Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat sich der europäische Blick auf China zusätzlich verändert. Die Gefahr einer unangemessenen Verengung der Perspektiven ist gegeben.



*Dieser Text ist zu finden auf
justitia-et-pax.de*

Prof. Dr. Heinz-Günther Stobbe ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von pax christi und der Kommission Justitia et Pax. Bis 2013 lehrte er als Professor für Theologische Friedensforschung an der Universität Siegen und vorher an der WWU Münster.





Foto: pax christi Würzburg

Engagiert und profiliert

Diözesanverband Würzburg

Nicht mal 100 Mitglieder, aber ein voll besetzter Vorstand. Nur zwei Gruppen, aber engagiert und mit unterschiedlichem Profil. Eine Partnerschaft mit einem Friedensprojekt für konkrete Versöhnungsarbeit in Banja Luka. Netzwerkarbeit mit lokalen Friedensinitiativen mit dem Fokus auf Gewaltfreiheit. Das sind einige Schlaglichter des Diözesanverbands Würzburg.

Dreimal im Jahr erscheint die Mitgliederzeitschrift pax.wü mit Gastbeiträgen wie Aktive Gewaltfreiheit, Spiritualität des Friedens oder atomwaffenfreie Welt. Die Mitarbeit im Selbstvergewisserungsprozess der Deutschen Sektion hat die Grundhaltung der Aktiven Gewaltfreiheit im Diözesanverband geschärft. Dr. Stefan Silber arbeitet im wissenschaftlichen Beirat mit und hat auf dem Kongress in Leipzig die Catholic Nonviolence Initiative vorgestellt. Bei den Reden beim Flaggentag der Mayors for Peace und bei den Ostermärschen fließt diese Grundhaltung in die Beiträge ein.

Projektpartner für Mirna Luka

Wir sind Mitglied im Würzburger Friedensbündnis, das Gruppen aus Unterfranken für ihr Friedensengagement auszeichnet. Seit 1991 gibt es die Friedenswege am Tag der Deutschen Einheit, die zusammen mit einer lokalen Initiative veranstaltet werden.

Eichstätt und Würzburg haben die bayerische Route zum pax christi-Jubiläum auf den Weg gebracht. Gemeinsam sind

wir auch Projektpartner für Mirna Luka, das sich in Banja Luka für die Versöhnung von Menschen aus den drei ethnischen und religiösen Gemeinschaften einsetzt: Bosniaken, Kroaten und Serben – Orthodoxe, Katholiken und Muslime. So geschieht Konfliktprävention.

Über den Tellerrand schauen

Seit 1998 gibt es die Gruppe in Rottendorf aus Familien und Einzelpersonen. Zweimal im Jahr werden alle an internationalen Kontakten Interessierte zu einem Begegnungsabend eingeladen. Ein ökumenischer Schwerpunkt ist die Mitgestaltung der wöchentlichen Friedensgebete sowie der Friedensdekade.

Die Aschaffener Gruppe besteht seit über 20 Jahren. Die Treffen dienen der Reflexion, dem Austausch und der Vorbereitung von Gottesdiensten oder Aktionen (Friedensweg, Gestaltung des Shoa-Gedenktages, Beteiligung am Ostermarsch u. a.). Die Gruppe ist Mitglied im Bündnis „Aschaffenburg ist bunt“ und mit Gruppen aus dem Friedens- und EineWeltBereich vernetzt. Punktuelle Kontakte bestehen zu pax christi Rhein-Main, einige besuchen deren Veranstaltungen. So können wir über den Tellerrand unseres Diözesanverbands hinausschauen.

Jürgen Herberich (Diözesanvorsitzender)
Martina Reinwald (Diözesanvorsitzende)
Susanne Warmuth (Geistliche Beirätin)

„Gerechtigkeit und Frieden küssen sich“ (Ps 85,11)

Ulrike Bechmann

„... durch das Band des Friedens“ heißt der deutsche Titel des Weltgebetstags der Frauen, der am 1. März gefeiert wird mit einer Liturgie aus Palästina. Das Motto stammt aus dem Brief an die Epheser (Eph 4,3). Dieser rät der Gemeinde in Ephesus, durch das Band des Friedens, durch Demut, Langmut und Milde die Einheit des Geistes zu bewahren.

Der idyllisch anmutende Ratschlag trifft damals wie heute auf Menschen im Konflikt. Für sie stellte sich die Frage: Was heißt das in der jetzigen Situation? Mit Psalm 85 am Anfang des Gottesdienstes setzen die Palästinenserinnen einen Kontrapunkt. Frieden auf jeden Fall. Aber es gibt keinen Frieden ohne Gerechtigkeit. Und so zitieren sie Psalm 85, in dessen letztem Abschnitt steht:

*Güte und Wahrheit begegnen sich!
Gerechtigkeit und Frieden küssen sich.
(Ps 85,11)*

Zukunft gibt es nur, wenn beides zusammenkommt. ‚Frieden‘ allein ist ein Wort, das die je anderen mit einbeziehen muss, die Gerechtigkeit benötigen. Die ‚Pax Romana‘ des Kaisers Augustus bedeutete keinen Frieden für die eroberten Gebiete der Römer; die anderen hatten keine Stimme. Ohne die anderen aber können Menschen keine Zukunft entwickeln, die nicht auf Herrschaft beruht. Und so bleibt Mahmoud Darwishes Gedicht ebenso wie der Psalm 85 eine bleibende Mahnung: „Denk an die anderen!“



Denk an die anderen

Mahmoud Darwish

Wenn du dein Frühstück vorbereitest,
denke an die anderen
Vergiss nicht, die Tauben zu füttern.

Wenn du dich in Kriege stürzt,
denke an die anderen
Vergiss nicht die, die um Frieden bitten.

Wenn du die Wasserrechnung bezahlst,
denke an die anderen
Jene, die aus Wolken trinken.

Wenn du in's Haus zurückkehrst, in dein Haus,
denke an die anderen
Vergiss nicht die Menschen der Zelte.

Wenn du schläfst und die Planeten zählst,
denke an die anderen
An die, die keinen Schlafplatz gefunden haben.

Und wenn du deine Seele mit Metaphern befreist,
denke an die anderen
Jene, die das Recht auf Worte verloren haben.

Und wenn du an die weit entfernten Anderen denkst,
denke an dich selbst.
Sag: Ich will eine Kerze in der Dunkelheit sein.

Der Text stammt aus: Ulrike Bechmann, Bibelarbeit zum Weltgebetstag 2024 aus Palästina

Prof.in i. R. Dr. Ulrike Bechmann lehrte am Institut für Religionswissenschaft in Graz und war von 1989 bis 1999 Geschäftsführerin des Deutschen Weltgebetstagskomitees.



ZUKUNFT hat
der **MENSCH**
des **FRIEDENS**

#katholikentag

Der Katholikentag findet in diesem Jahr vom 29. Mai bis 2. Juni 2024 in Erfurt statt und steht unter dem Motto ‚Zukunft hat der Mensch des Friedens‘. Der Psalmvers 37,37b erinnert daran, dass Frieden gerade heutzutage eine zentrale Herausforderung für unsere Gesellschaft ist. pax christi wird wieder mit einem eigenen Stand auf der Kirchenmeile vertreten sein

und trägt u. a. mit einer Podiumsdiskussion über die Zukunft der deutschen Rüstungsexportkontrolle zum Programm bei. Auch am Stand werden spannende Gespräche über aktuelle Friedensfragen geführt werden, zu denen wir jetzt schon recht herzlich einladen möchten.

Spenden unterstützen pax christi
pax christi – Deutsche Sektion e. V.
Pax-Bank eG
IBAN DE17 3706 0193 4006 1000 10
BIC GENODED1PAX
Verwendungszweck: Frieden spenden